

Plaza Casino: Arbeitnehmerverband kritisiert Vermeidung der Insolvenz

Die den Mitarbeitenden vorgelegte Aufhebungsvereinbarung sei «höchst fragwürdig», sagt der LANV. Investor Marc Quoadt widerspricht.

David Sele

Viele Mitarbeitende des Plaza Casinos in Schaan hat dessen Schliessung kalt erwischt. Am frühen Dienstagabend vergangener Woche erfuhren sie, dass sie sich einen neuen Job suchen müssen. Zeitgleich wurde der Betrieb eingestellt. Die Betriebsgesellschaft Best Win AG unterbreitete dabei der Belegschaft eine Aufhebungsvereinbarung. Diese sah vor, dass den Unterzeichnenden der April-Lohn fristgerecht ausbezahlt wird. Auf den Mai-Lohn sollten sie jedoch verzichten, bis das Unternehmen sein Anlagevermögen – insbesondere die Liegenschaft an der Landstrasse 157 in Schaan – liquidiert hat. Durch diesen temporären Verzicht könne die Insolvenz abgewendet werden.

Litscher: Unverbindliche Zusagen sind «lächerlich»

Von der Vereinbarung hat auch der Liechtensteinische ArbeitnehmerInnenverband (LANV) Kenntnis erhalten.

Das Vorgehen der Best Win AG sei «befremdlich», sagt Gewerkschaftssekretär Fredy Litscher auf Anfrage. «Wenn eine Bezahlung der Löhne nicht mehr möglich ist, soll Insolvenz angemeldet werden, damit die Löh-



Das Gebäude an der Landstrasse 157 in Schaan wird im Zuge der Liquidation verkauft. Bild: D. Schwendener

ne der Arbeitnehmenden über den Insolvenzfonds abgesichert sind», so Litscher. Deshalb habe der LANV den Mitarbeitenden der Best Win AG davon abgeraten, die Aufhebungsvereinbarung zu unterzeichnen.

«Der Inhalt ist höchst fragwürdig. Allein schon, dass das Unternehmen Zusicherungen macht, diese aber als frei-

bleibend und rechtlich nicht bindend deklariert, ist lächerlich. Zudem wird in der Vereinbarung der Eindruck erweckt, diese sei mit dem Amt für Volkswirtschaft beziehungsweise dem AMS abgestimmt. Dies stimmt nicht», so Litscher.

Unterzeichnenden könnten grosse Nachteile entstehen, warnt der Gewerkschafter. So

werde die Arbeitslosenversicherung es allenfalls sanktionieren, wenn freiwillig auf die Kündigungsfrist und damit auf Lohnzahlungen verzichtet wird. «Ob die Best Win AG ihnen den Mai-Lohn auszahlt, ist zudem völlig offen und auch der Zeitpunkt ist unklar, weil diese Auszahlung vom Verkauf der Liegenschaft abhängig gemacht wird», sagt

Litscher. Hingegen sei das Insolvenzverfahren der sicherere Weg, auch wenn dieses ein paar Wochen dauern werde.

Die Aussicht, dass sich der in diesen Tagen fällige April-Lohn bis zum Abschluss des Insolvenzverfahrens verzögern könnte, habe die Mitarbeitenden jedoch stark unter Druck gesetzt, kritisiert Litscher. Schliesslich müssen Mieten und Rechnungen bezahlt werden.

«Diese Not versuchte die Best Win AG mit der besagten Aufhebungsvereinbarung augenscheinlich auszunutzen», so Litscher. Der LANV empfehle den Mitarbeitenden jedoch, einen allfälligen Lohnausfall durch das Amt für Soziale Dienste überbrücken zu lassen, beziehungsweise, sich an die entsprechenden Behörden in ihrem Wohnsitzstaat zu wenden.

Quoadt: Haben Mitarbeiter umfassend informiert

Komplett anders sieht es Marc Quoadt, Hauptaktionär und Verwaltungsratspräsident der Best Win AG.

«Jegliche Behauptungen, wir hätten unsere Mitarbeiter zu nachteiligen Vereinbarungen gedrängt oder ein solches Vorgehen langfristig geplant, entsprechen nicht der Wahrheit.» Sämtliche Mitarbeitenden seien

über ihre Ansprüche im Insolvenzfall und bei einvernehmlicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses informiert worden. Und die Best Win AG sei überzeugt, dass die Auflösungsvereinbarung für die Mitarbeitenden finanziell vorteilhafter ist, als es ihre Ansprüche im Insolvenzverfahren gewesen wären, so Quoadt.

Letztlich hätten auch mehr als drei Viertel der Belegschaft das Angebot angenommen, wodurch die Insolvenz tatsächlich abgewendet werden konnte. Das Unternehmen wird somit ordentlich liquidiert.

Den Mitarbeitenden, die der einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht zugestimmt haben, sei ordentlich zum 25. April gekündigt worden. Die Best Win AG halte sich dabei an die vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen, betont Quoadt. Den April-Lohn würden ohnehin alle Mitarbeitenden vollständig erhalten.

«Des Weiteren haben wir unseren Mitarbeitern Unterstützung bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zugesichert und konnten innerhalb von wenigen Tagen bereits eine Reihe von ihnen erfolgreich in neue Anstellungsverhältnisse vermitteln», so Quoadt.

Ablehnung resultiert aus hohem Preis und mangelhaften Infos

Das Bodentauschgeschäft in Schellenberg wurde vom Volk mit 64,6 Prozent klar abgelehnt. Mehrere Gründe haben zu dem Nein geführt.

Nach einer längeren und hitzig geführten Debatte wurde gestern das Schellenberger Stimmvolk zur Urne gebeten, um über das umstrittene Bodentauschgeschäft inklusive Aufpreiszahlung von 2,7 Millionen Franken zu entscheiden. Das Resultat fiel deutlich aus: Mit 64,6 Prozent wurde der einstimmige Gemeinderatsbeschluss abgelehnt. «Das bedeutet, dass dieses Sachgeschäft wirklich alle Schellenberger brennend interessiert hat», kommentierte Walter Kieber vom Referendumskomitee die hohe Stimmbeteiligung von 82 Prozent. Im Vorfeld ging der Altvorsteher zwar von diesem Ergebnis aus, im Nachgang zeigte er sich jedoch über das Ausmass des Nein-Anteils überrascht: «Meine Prognose war 60 Prozent, aber jedes Prozent mehr ist natürlich ein starkes Signal.»

Das deutliche Resultat freut jedoch nicht nur den Sieger, sondern auch Vorsteher Dietmar Lampert: «Auch wenn mir lieber gewesen wäre, wenn es auf die andere Seite ausgefallen wäre. So haben wir nun Klarheit und den Volksentscheid gilt es zu akzeptieren.»

Neid auf den Besitzer wirkt sich auf Resultat aus

Alle Einwohner konnten nachvollziehen, dass das zentrale

Grundstück für die Gemeinde äusserst interessant und vorsorglicher Bodenerwerb wichtig ist. Dennoch haben verschiedene Gründe zu einer Ablehnung des Tauschgeschäfts geführt. «Der Haken war sicher der hohe Preis, den man dafür bezahlt hätte. Wir konnten die Stimmbürger nicht davon überzeugen, dass die Liegenschaft das wert ist», meint Lampert. Die Gemeinde Schellenberg hatte laut ihrer Kostenherleitung einen Gesamtwert von 6,5 Millionen Franken angeboten,

«Der Haken war sicher der hohe Preis. Wir konnten die Stimmbürger nicht davon überzeugen, dass die Liegenschaft das wert ist.»



Dietmar Lampert
Vorsteher Schellenberg

wenn man die Tauschgrundstücke, die Aufzahlung und weitere Ausgaben berücksichtigt. Dies für eine Fläche, die optimaler gelegen aber fast gleich gross ist (2965 zu 3006 Quadratmetern).

Das Referendumskomitee kam bei seinen Berechnungen hingegen auf eine höhere Summe von über 7 Millionen Franken und ging davon aus, dass im Nachhinein noch weitere Kosten fällig werden. Vor allem die Aufpreiszahlung von 2,7 Millionen Franken war für die Gegner nicht nachvollziehbar. Dies führte zur Annahme, dass die Gemeinde dem Grundstückbesitzer Zugeständnisse gemacht habe, die «weit über die bisherige Praxis hinausgehen». Hauptsächlich prangert Kieber die «mangelhafte Kommunikation» der Gemeinde an und führt den Ausgang der Abstimmung darauf zurück. Das Referendum wurde ergriffen, weil so eine Entscheidung vor das Volk gehört: «Das darf nicht nur der Gemeinderat im stillen Kämmerlein entscheiden.»

Rückblickend ist es der Gemeinde nicht gelungen, die propagierte «einmalige Chance» dieses Bodentauschgeschäfts zu vermitteln. Dies liegt unter anderem daran, dass es sich um einen vorsorglichen Erwerb ohne Dringlichkeit für die Ge-

genwart handelte. Mehrere potenzielle Nutzungen wurden genannt, jedoch kein konkreter Zweck definiert, was die Entscheidungsgrundlage zusätzlich erschwerte.

Ebenfalls Einfluss hatte rechtliches Theater rund um die Abstimmungsbroschüre: Der Gemeinderat musste einen Fehler eingestehen, nachdem er zuerst den Inhalt des Referendumskomitee nicht abdrucken wollte. Dadurch hat die Pro-Seite an Ansehen verloren.

Noch ein Aspekt, den beide Seiten im Abstimmungskampf bewusst nicht erwähnt haben, der aber dennoch eine Rolle spielte und allen Stimmbürgern bewusst war: Bei dem Grundstückbesitzer handelt es sich um Altvorsteher Norman Wohlwend. Dietmar Lampert verhandelte also mit seinem direkten Vorgänger, was unweigerlich einen faden Beigeschmack hatte. Insofern wirkte sich auch die Missgunst mancher Schellenberger auf das Resultat aus.

Für Walter Kieber ging es darüber hinaus darum, dass die vorgesehenen Tauschgrundstücke im Holzgatter nicht «unnötig zerstückelt» werden. Diese haben für ihn einen besonderen Stellenwert, weil die Gemeinde diese während seiner Amtszeit erworben hatte. Die Debatte erhielt dadurch eine persönliche

Ebene, auf der auch ehemalige Vorsteher involviert waren.

Zentrumsgestaltung bleibt trotz Nein ein Thema

Mit dieser Entscheidung hat sich das Bodentauschgeschäft erledigt. «Für die nächsten Jahre wird es kein Thema mehr sein. Möglicherweise nie mehr, wenn der Grundstückbesitzer anfängt, selber darauf zu bauen», erklärt Vorsteher Dietmar Lampert. Angesichts der steigenden Einwohnerzahlen und der daraus folgenden Heraus-

«So ein wichtiges Bodengeschäft darf nicht nur der Gemeinderat im stillen Kämmerlein entscheiden.»



Walter Kieber
Referendumskomitee

forderungen wird sich die Gemeinde dennoch mit der Zentrumsgestaltung beschäftigen müssen. «Wir werden dranbleiben und Ausschau halten nach Möglichkeiten, die sich ergeben», so Lampert. Dabei ist ihm bewusst, dass der Gemeinderat diese Abstimmung analysieren und daraus lernen muss, gerade in der Kommunikation.

Derweil begrüsst das Referendumskomitee, dass sich die Gemeinde weiterhin um vorsorglichen Bodenerwerb bemühen wird. Jedoch müsse künftig besser vorgegangen werden. «Wir haben keinen akuten Notstand in Sachen Baugrundstücken. Wie der Vorsteher und Gemeinderat erwähnt haben, blickt man auf die nächsten 15 bis 20 Jahre», sagt Walter Kieber und führt aus: «Diese Zeit soll nun genutzt werden, um die besten Optionen für Schellenberg zu erarbeiten.»

Nach intensiven Wochen und Monaten hoffen beide Seiten, dass nun wieder Ruhe in Schellenberg einkehrt. Durch das klare Resultat kann die Diskussion über das Bodentauschgeschäft wohl nun auch tatsächlich zu den Akten gelegt werden. Bei einer knappen Abstimmung wäre diese mitunter fortgesetzt worden.

Gary Kaufmann